

Spitze des Sportausschusses sprach mit dpa

Presse-Unterstützung für Sport und Sportpolitik soll verstärkt werden

Zu einem ersten Kontaktgespräch sind in Düsseldorf der Vorsitzende des Sportausschusses, Landtagsvizepräsident Richard Winkels, und sein Stellvertreter, Kurt Schmelter, mit dem Düsseldorfer dpa-Chef Heinz Hardt und mehreren seiner leitenden Redakteure zusammengekommen. Das Gespräch diente der Intensivierung der Zusammenarbeit bei der Information der Bürger über die Sportpolitik des Landtags.



Besichtigung bei dpa-Technik in Düsseldorf. Von links nach rechts: dpa-Chef vom Dienst Dieter Lechner, Pressesprecher des Landtags Friedhelm Geraedts, stellvertretender Sportausschußvorsitzender Kurt Schmelter, stellvertretender dpa-Chef Karl Lohaus, Landtagsvizepräsident Richard Winkels, dpa-Chef Heinz Hardt und dpa-Sportchef Claus Wolff. Foto: Tüßelmann

Bei seiner Begrüßung stellte der dpa-Chef Heinz Hardt seine Agentur als die größte deutsche Nachrichtenagentur mit einem umfassenden Dienstleistungsangebot vor. dpa Düsseldorf beschäftigt fast 30 Mitarbeiter; davon allein 14 Redakteure, wovon wiederum vier ausschließlich mit Sport befaßt sind. Er betonte die Notwendigkeit der Hinweise auf Sachthemen, die dpa jederzeit aufzugreifen bereit sei. Allerdings müsse er darauf hinweisen, daß die Kunden von dpa nur eine begrenzte Aufnahmekapazität hätten, was angesichts der Fülle der Sportinformationen in keinem Verhältnis zu dem Platz stünde, der für die Sportberichterstattung in den Blättern zur Verfügung stehe. Dennoch unterstrich Hardt die Bereitschaft seiner Agentur, die sportpolitischen Informationen des Landtags aufzunehmen und an die Öffentlichkeit zu bringen. Er bot dafür die Zusammenarbeit mit dem Landtag an.

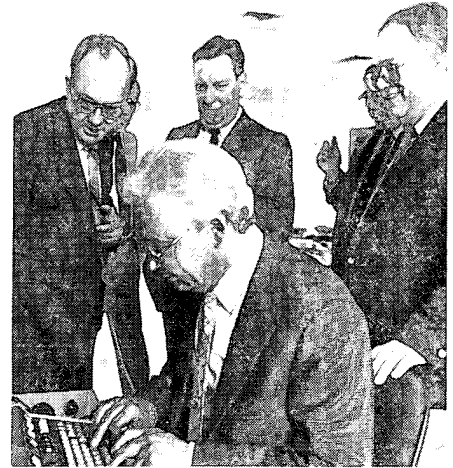
Sportstättenbau

In seiner Erwiderung wies Landtagsvizepräsident Winkels darauf hin, daß jährlich fünf Prozent der Bürger zusätzlich einem Sportverein beiträten und dieses Wachstum der sportlichen Aktivitäten der Mit-

bürger gegenwärtig durch die haushaltswirtschaftliche Entwicklung auf einen immer engeren Finanzrahmen stoße. Dies führe besonders im Sportstättenbau zu großen Problemen und gelte auch für die Notwendigkeit der Sportstättensanierung.

Gebührenfreiheit

Weitere Probleme bestünden im Bereich der Ausbildung zu Diplom-Sportlehrern, für die geeignete Arbeitsplätze nicht mehr angeboten werden könnten. In diesem Zusammenhang erinnerte er an die Initiative des Sportausschusses, der die Gebührenfreiheit für Vereine bei der Benutzung landeseigener Sporteinrichtungen gesichert habe, womit das Problem jedoch nicht gelöst sei; denn nun kämen auf die Vereine durch die Kommunen Gebühren zu. Es gelte zu verhindern, daß die Sportförderung im Rahmen der notwendigen öffentlichen Sparmaßnahmen „unter die Räder komme“. Abschließend führte dpa-Chef Hardt dem Sportausschußvorsitzenden und seinem Stellvertreter die moderne Kommunikationstechnik in den Räumen der Deutschen Presse-Agentur vor.



Moderne Kommunikationstechnik selbst ausprobieren: Landtagsvizepräsident Richard Winkels.

Denkmalschutz . . .

Fortsetzung von Seite 8

Reinhard Grätz (SPD) wertete es als positiv, daß der Minister als oberste Denkmalbehörde erst mit 34 Anrufungen in Fällen des Paragraphen 21 Absatz 4 des Denkmalschutzgesetzes konfrontiert wurde. Dies mache deutlich, daß die Gemeinden und Landschaftsverbände in der Regel miteinander klarkämen, hieß es. Die Ausschußmitglieder stimmten seiner Anregung zu, in der Öffentlichkeit zu unterstreichen, daß die Unterschutzstellung zunächst Gefahrenabwehr bedeute und man es bei der Gefahrenabwehr auch erst mal belassen müsse. Erhaltung sei eben nicht gleichzusetzen mit aufwendigem „Aufpolieren“ von Altbeständen. Den Vorschlag des Abgeordneten Hermann-Josef Geismann (CDU), den Gemeinden in bezug auf die Handhabung des Denkmalschutzbegriffs positive Beispiele von Baulleitplanungen in schriftlicher oder dokumentarischer Form an die Hand zu geben, wollte der Minister gerne aufgreifen. In der Diskussion um die Behandlung der landeseigenen Baudenkmäler, die vom Ministerium in einer entsprechenden Liste aufgestellt worden waren, erklärte Staatssekretär Winter, daß das Unterschutzstellungsverfahren laufe, aber besonders von den betroffenen Instanzen, vielleicht auch wegen der unbegründeten Befürchtung, daß dann keinerlei Modernisierungsmaßnahmen mehr möglich seien, zurückhaltend angegangen werde.

Nochmals wurde unterstrichen, daß die Unterschutzstellung nur „denkmalgerechte“ Unterhaltung nach sich zieht. Der Vorsitzende betonte, daß das Land den Gemeinden in der Bewertung seiner eigenen Bauten ein positives Beispiel geben müßte. Nur wenn das Land klar sage, was aus seiner Sicht generell denkmalwert sei – wozu dann noch die Berücksichtigung der örtlichen Belange kommen könne –, sei mit einer einheitlichen Praxis des Denkmalschutzes zu rechnen.

Die Abgeordneten einigten sich darauf, von sich aus jeweils Anregungen in Einzelfällen zu Ergänzungen der Liste sowie Kritik an den Minister heranzutragen. Im übrigen wurden auch die Gemeinden ermuntert, dem Land Mitteilung über die aus ihrer Sicht noch denkmalwerten landeseigenen Gebäude zu machen.